

## Teltow-Fläming



Foto: privat

Verabschiedeten Kirsten Gurske (2. v. r.) auf ihrer letzten Kreistagssitzung: Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum, Fraktionsvorsitzender Felix Thier und Landrätin Kornelia Wehlan (v. l. n. r.)

Kirsten Gurske  
beim Jahres-  
empfang des  
Landkreises in  
traditioneller  
Flämingtracht.



Foto: privat

**Kirsten Gurske**  
war seit 2009 Vize-  
Landrätin von Teltow-  
Fläming, ein Jahr  
davon, nach Ab-  
wahl des dama-  
ligen Land-  
rates Peer  
Giesecke  
(SPD), sogar  
amtierende  
Landrätin.  
Anfang 2026  
geht sie in  
den Ruhe-  
stand.

**Mit ihr sprach  
zum Abschied Felix Thier.**

## Das war der Dezember-Kreistag

### Vize-Landrätin verabschiedet

Bei der Verabschiedung der Ersten Beigeordneten Kirsten Gurske (parteilos) würdigte der Kreistagsvorsitzende ihren hohen Sach- und Fachverstand. Sie habe offene Ohren für alle gehabt. Im Jahr 2009 erstmalig durch den Kreistag in das Amt gewählt, folgte 2017 dort auch die Wiederwahl.

Kirsten Gurske selbst dankte für all die Jahre der Unterstützung und kritischen Begleitung. Sie riet den Fachämtern, auch weiterhin ab und an die Perspektive zu wechseln und so kritische Blicke auf das eigene Handeln zu werfen. Ebenso schrieb sie allen ins Stammbuch, für die Menschen in Teltow-Fläming das Beste aus den Gesetzen zu machen – seien sie manchmal auch noch so schnell und schlecht gemacht. Wir danken Kirsten Gurske von Herzen für 16 Jahre der guten und konstruktiven Zusammenarbeit. Sie hat nicht nur Spuren in Teltow-Fläming hinterlassen, sondern den Landkreis mitgestaltet. Amtsnachfolger ist Michael Grunst (SPD). Er ist ab Februar der neue Erste Beigeordnete des Landkreises und damit Stellvertreter von Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke).

### Beigeordnetenwahlen

Die Amtszeit der Beigeordneten Dietlind Biesterfeld (SPD) und Johannes Ferdinand (CDU) geht zu Ende. Zum Wie-weiter gab es nun zwei Optionen. Entweder, der Kreistag hätte beide jeweils mit absoluter Mehrheit in deren derzeitigen Positionen wiedergewählt. Oder der Kreistag stimmt für eine Stellenausschreibung, auf der sich beide bisherigen Stelleninhaber natürlich auch bewerben können. Für beide Positionen war dies nun der Fall. Auf die Stellenausschreibung für die bisherige Stelle von Frau Biesterfeld, diese hatte der Kreistag schon Mitte des Jahres 2025 veranlasst, hatten sich mehrere Personen beworben. Nach Bestenauslese wurde zur Dezember-Sitzung des Kreistages Frau Biesterfeld zur Wahl vorgeschlagen. In geheimer Wahl erhielt sie im ersten Wahlgang nicht die erforderlichen 29 Ja-Stimmen, es gab 20 Ja- und 25 Nein-Stimmen. Nach einer kurzen Pause, in der die Fraktionsvorsitzenden mit der Landrätin Gelegenheit zum Gespräch hatten, ging es in den 2. Wahlgang. Hier hätte die einfache Mehrheit gereicht, also mehr Ja- als Nein-Stimmen. Doch das Ergebnis wiederholte sich: 20 Ja-Stimmen, 25 Nein-

Stimmen. Frau Biesterfeld wurde damit nicht wiedergewählt. Die Mehrheit des Kreistages hat daher dafür gesorgt, dass die Stelle nun zum zweiten Mal ausgeschrieben werden muss und ein neues Bewerbungsverfahren startet. Der Zeitplan sieht vor, dass auf einer Sondersitzung des Kreistages Anfang Mai die Vorstellungsgespräche laufen. Zur Kreistagsitzung am 22. Juni soll dann die Beigeordnetenwahl stattfinden. Johannes Ferdinand wiederum stand mit seiner Beigeordnetenstelle in der Dezember-Sitzung für den Kreistag auch zur Wiederwahl ins gleiche Amt oder für eine Stellenausschreibung zur Entscheidung. Auch hier gab es nicht die erforderliche Mehrheit. Die Stelle wird also nicht einfach verlängert, sondern ebenfalls ausgeschrieben. Maßgeblich für unser Stimmenthalten pro Ausschreibung und gegen sofortige Wiederwahl war der Umstand, dass wir auch bei dieser Beigeordnetenstelle der Meinung waren, dass hier eine Bestenauslese stattfinden sollte. Die anderen Beigeordnetenstellen wurden schließlich ebenfalls ausgeschrieben, da man wollte, dass sich die oder der Beste für den Landkreis auf dieser Stelle durchsetzt. Es war für uns daher ...

### Liebe Kirsten, mit Blick auf deine 16-jährige Amtszeit – gehst du fröhlich oder traurig?

Sowohl, als auch! Traurig, weil ich in 16 Jahren schon sehr mit dem Landkreis, den Kollegen und Freunden hier und auch den sozialen Aufgaben, die ich hier hatte, verwachsen bin. Das kann man nicht so leicht loslassen und viele Kontakte möchte ich auch weiter halten. Und fröhlich, weil es insgesamt eine sehr schöne Zeit war, auf die ich auch gerne zurückblicken werde, aber auch weil ich mich auf die neuen Freiräume freue, die ich jetzt habe. Und weil ich glaube, dass wir einen sehr guten Nachfolger gefunden haben, der das Soziale im Landkreis hochhalten wird.

### Was war ein besonders schöner Moment, was ein weniger schöner?

Da kann ich eigentlich nicht einzelne Momente herausstellen. Aber es waren immer sehr schöne Momente wenn ich gemerkt habe, dass wir gemeinsam Lösungen gefunden haben in einem immer komplizierteren Umfeld. So zum Beispiel Lösungen für eine gute Verteilung Geflüchteter im Landkreis, für Augenmaß und Durchhaltevermögen bei den Coronamaßnahmen, für die Schaffung einer Jugendberufsagentur, für den ...

... logisch, auch bei dieser Position so zu verfahren.

## Haushalt 2026 beschlossen

Ein Novum gab es schon bei der Einbringung des Haushaltes im Herbst 2025: Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) und Kämmerer Johannes Ferdinand (CDU) waren sich über die Höhe der festzusetzenden Kreisumlage nicht einig geworden. Der Kämmerer wollte 44,5%, die Landrätin den Städten und Gemeinden lediglich 43,5% abverlangen. Somit wurde der dem Kreistag vorgestellte Haushaltsentwurf mit einer anderen Kreisumlage festgesetzt, als vom Kämmerer beabsichtigt. Folgerichtig brachte die Landrätin den Haushaltsentwurf damals selbst ein. Im Haushalt fehlen laut Plan für 2026 rund 13,6 Millionen Euro. Es gilt also, weiter zu sparen und im Vergleich zum Plan 2025 soll die Kreisumlage um 0,5%,

von 43% in 2025 auf 43,5% in 2026, steigen. Der Kämmerer war, wie gesagt, für eine Kreisumlage in Höhe von 44,5%. Für Landrätin Wehlan steht aber nicht nur der Landkreis, sondern eine weitere Priorität ganz oben: die Kommunen, also die Städte und Gemeinden in Teltow-Fläming. Die kommunale Familie gilt es zu stärken und zu schützen. Die Landrätin hat als Untere Kommunalaufsicht auch Einblick in die Lage der Kommunen, kennt deren Haushaltssorgen und Nöte. Für Kornelia Wehlan war daher klar, dass der Landkreis einen großen Teil der finanziellen Last mittragen muss und soll. Daher werden von der Kreisverwaltung gute 3,67 Millionen Euro zusätzliche Sparanstrengungen abverlangt, um die Kreisumlage ansatzweise zu stabilisieren. Und die Umlage nicht, wie vom Kämmerer geplant, um 1,5%, sondern »nur« um 0,5% steigen zu lassen.

Das belastet die Kommunen sicherlich immer noch. Aber es ist ein wesentlich geringerer Beitrag, den diese damit in den Haushalt des Landkreises einbringen sollen. In der Debatte zum Thema ging es in den Fachausschüssen in den letzten Wochen um das Thema Rufbus, die gesundheitliche Versorgung, den Kreissportbund, die Kinder- und Jugendhilfe und, und, und. Auch unsere Fraktion war hier mit Anträgen präsent. Am Ende wurde der Haushalt 2026 dann beschlossen.



**Nachzulesen ist das alles im Detail im Newsletter der Fraktion:**



[kurzlinks.de/ycda](https://kurzlinks.de/ycda)

Felix Thier, Vorsitzender der Fraktion Die Linke/Die PARTEI-PDS

## Nordumfahrung Dabendorf

### Ein teures Projekt mit vielen Fragezeichen

Zossen

Die geplante Nordumfahrung in Dabendorf bleibt ein Dauerthema in Zossen. Zwölf Millionen Euro an Fördermitteln stehen bereit, um ein Gewerbegebiet an die B 96 anzuschließen. Insgesamt soll das Projekt rund 20 Millionen Euro kosten – ein erheblicher Betrag, von dem die Stadt selbst etwa sieben Millionen Euro tragen muss. Die neue Trasse soll von der bestehenden B 96 abzweigen, die Fernbahnstrecke Berlin–Dresden überqueren und anschließend das geplante Gewerbegebiet »Zossen Nord« erschließen. Ein Gebiets-tausch mit Rangsdorf wurde bereits beschlossen, zudem gründen beide Kommunen eine Arbeitsgemeinschaft zur Planung einer möglichen Ortsumfahrung Groß Machnow. Doch gerade diese Perspektive sorgt für Kritik. Richtig ist, dass täglich mehr als 13.000 Fahrzeuge die B 96 in Groß Machnow passieren – eine Zahl, die durch die Nordumfahrung weiter steigen könnte. Eine zusätzliche Ortsumfahrung erscheint vielen unrealistisch und ist aus meiner Sicht ökologisch problematisch, da mehrere Schutzgebiete betroffen wären. Auch die Wirksamkeit

der Nordumfahrung Dabendorf ist zu hinterfragen. Ein Großteil des Verkehrs im Ort ist Start- und Zielverkehr, der durch eine neue Straße kaum reduziert würde. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der Prioritätensetzung: Während Millionen in eine Straßenanbindung fließen sollen, bleiben wichtige Projekte wie der Ausbau der ehemaligen Gesamtschule Dabendorf zur Grundschule, die Sanierung weiterer Schulen und Kitas, der Neu- und Ausbau von Feuerwehrgerätehäusern sowie der Bau von Rad- und Gehwegen auf der Strecke. Hinzu kommt, dass das Landschaftsschutzgebiet »Notte-Niederung« durch die geplante Trasse beeinträchtigt und zerschnitten würde. Parallel dazu belastet der Ausbau der Bahnstrecke Berlin–Dresden die Region. Die Sperrung des Fußgängertunnels am Bahnhof Zossen dauert noch unbestimmte Zeit an, eine provisorische Brücke ersetzt ihn – allerdings ohne Barrierefreiheit. Wann der neue Tunnel in Betrieb genommen wird ist noch unklar. Insgesamt sinkt die Zahl der Bahnquerungen in

Zesch, Neuhof, Wündorf, Zossen und Dabendorf von ursprünglich elf auf sieben. Besonders problematisch ist der Bahnübergang an der Thomas-Müntzer-Straße: Der moorige Untergrund macht ein Brückenbauwerk extrem teuer, die Kosten könnten auf weit über 60 Millionen Euro steigen. Das Projekt liegt derzeit auf Eis, lediglich die Schrankenanlage soll kurzfristig an das neue elektronische Stellwerk angeschlossen werden. Die Diskussionen zeigen: Infrastrukturprojekte in Zossen sind komplex, teuer und voller Zielkonflikte. Ob die Nordumfahrung am Ende tatsächlich mehr Entlastung oder mehr Belastung bringt, bleibt offen.

Carsten Preuß, stellv. Vorsitzender der Fraktion SPD-Linke-Grüne/B90



Foto: J. Kleint

Carsten Preuß

... Erhalt der Produktionsschule, für den Erhalt von vielen Beratungs- und Unterstützungsangeboten bei wieder schmaleren Haushaltskassen. Die weniger schönen Momente waren, wenn vom Bund oder Land Reformen durch Änderungen in den Sozialsystemen angestoßen wurden, die leider nicht die Probleme lösten, sondern nur die Verwaltung zusätzlich belastet haben. Das hatten in der Konsequenz die umsetzenden Stellen im Landkreis dann abzufedern und trotzdem irgendwie die Systeme am Laufen zu halten.

### Hinterlässt du offene Baustellen oder siehst du deine Arbeit soweit abgeschlossen?

Ich glaube die Aufgaben im Sozial- Jugend- und Gesundheitsbereich werden insbesondere auf kommunaler Ebene nie abgeschlossen sein. Es sind Sisyphus-Aufgaben, die jeden Tag wieder neu aus grundsätzlichen Entscheidungen und Einzelfällen entstehen. Man darf dabei nie übersehen, dass es die eigentliche Aufgabe ist, einzelnen Menschen in ihrer konkreten Lage zu helfen. Insofern gibt es immer offene Baustellen. Aber ich glaube schon, dass ich meinem Nachfolger ein funktionierendes Dezernat übergebe und auch eine Arbeitsweise etabliert habe, die problemorientiert Lösungen sucht.

### Wie behältst du Teltow-Fläming und uns Linke in Erinnerung?

Es ist schon eine enge Bindung, die sich in den 16 Jahren entwickelt hat. Die wird auch nicht vergehen. Hier geht man persönlicher miteinander um als im großen Berlin und damit auch menschlicher.

Es sind sehr viele schöne Erinnerungen und freundschaftliche Begleitung, die ich aus Teltow-Fläming und der Linken hier im Landkreis mitnehme. Ich habe zum Abschluss eine sehr dicke Fotobuch geschenkt bekommen mit Schnapshots aus den insgesamt 17 Jahren. Das werde ich mir sicherlich oft ansehen und auch bestimmt sehr oft wieder nach TF kommen.

### Und unsere Tür wird dann immer für dich offen stehen, liebe Kirsten. Danke für das Gespräch und dir alles Gute!



# Der Rufbus in Ludwigsfelde

Foto: A. Savin, Wikipedia

## Mobilität darf keine Haushaltsfrage sein

Blick auf das Ludwigsfelder Rathaus

Der Erhalt des Rufbusses in Ludwigsfelde ist seit Herbst 2025 Gegenstand intensiver politischer Auseinandersetzungen zwischen Stadt, Landkreis und den beteiligten Verkehrsakteuren. Auslöser war die Ankündigung des Landkreises Teltow-Fläming, das Angebot aufgrund der angespannten Haushaltslage zum Sommer 2026 auslaufen zu lassen. In Ludwigsfelde stieß dies parteiübergreifend auf Widerstand, da der Rufbus vor allem für mehrere Ortsteile eine zentrale Ergänzung zum regulären ÖPNV darstellt. Die Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde positionierte sich frühzeitig und deutlich für den Erhalt des Rufbussystems. Auf Antrag der SPD-Fraktion beschloss die Stadtverordnetenversammlung im November 2025, den Bürgermeister zu be-

auftragen, mit dem Landkreis Verhandlungen zur Fortführung des Rufbusses aufzunehmen. Ziel der Stadtverordneten war es, den Landkreis weiterhin mit einem Kostenanteil von 50 % in der Finanzierung zu halten. Für den Fall eines Rückzugs des Landkreises wurde sogar die Prüfung einer differenzierten Kreisumlage in den Raum gestellt. Darüber hinaus forderten die Stadtverordneten eine Ausweitung des Angebots auf Randzeiten sowie eine bessere Anbindung von Gewerbe- und Industriegebieten.

Die angekündigte Einstellung des Rufbusses durch den Landkreis Teltow-Fläming hätte insbesondere die Ortsteile sowie ältere Menschen, Jugendliche und Haushalte ohne eigenes Auto hart getroffen. Mehrfach wurde betont, dass eine wach-

sende Stadt wie Ludwigsfelde Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Ortsteilen trägt.

Auch Die Linke setzte sich für den Erhalt des Angebots ein. Sie kritisierte früh, dass Einsparungen im ÖPNV vor allem sozial Benachteiligte treffen und der politischen Zielsetzung von Klimaschutz und Verkehrswende widersprechen. Mobilität, so die klare Position der Linken, ist ein soziales Grundrecht und darf nicht von Kassenlagen abhängig gemacht werden.

Durch das Engagement auf kommunaler und Kreisebene, auch durch die vermittelnde Rolle von Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke), konnte zumindest eine befristete Fortführung des Rufbusses bis Ende 2026 erreicht werden. Ergebnis dieser Verhandlungen ist die Fortführung

der Rufbuslinie vom 1. August bis 31. Dezember 2026, wobei sich der Kostenanteil der Stadt Ludwigsfelde in diesem Zeitraum von 50 auf 75 % erhöht. Dass die Stadt einen deutlich höheren Kostenanteil übernehmen muss, zeigt jedoch auch die strukturellen Probleme der aktuellen ÖPNV-Finanzierung.

Für Die Linke ist klar: Die Übergangslösung reicht nicht aus. Notwendig ist eine dauerhafte, solidarische Finanzierung des Rufbusses, damit Mobilität in Ludwigsfelde und im gesamten Landkreis nicht weiter ausgedünnt wird. Der Kampf um den Rufbus ist damit auch ein Kampf für soziale Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Silvio Pape, Vorsitzender der Fraktion Die Linke/FiLu

## Grund zur Freude oder zur Diskussion?

Seit Juni 2024 bin ich Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde und auch des Kreistages Teltow-Fläming.

Meiner Stadt fühle ich mich sehr verbunden. Der Einsatz des Rufbusses für unsere Bevölkerung ist unumstritten – wie so oft geht es um die Finanzen, die heftige Diskussionen auslösten.

Als Mitglied unseres Kreistages habe auch ich mich verpflichtet, dafür zu sorgen, dass überall annähernd die gleichen Lebensbedingungen herrschen. Der Landkreis hat die Pflicht, sich für alle Regionen zu verwenden, vor allem die, die sonst keinen ÖPNV mehr haben. Es gilt also, die Verantwortung als Vertreterin der Stadt Ludwigsfelde und des

Landkreises klar zu trennen. Die Rufbuslinie wurde für die Stadt Ludwigsfelde als Modell- bzw. Versuchsprojekt für zwei Jahre für die Stadt und ihre Ortsteile gestartet. Bis Ende Juni 2026 ist die Finanzierung durch den Landkreis zugesichert. Es war von Anfang an klar, dass dann weiter verhandelt werden muss. Der Landkreis und die Stadt Ludwigsfelde nahmen zur Klärung der zukünftigen Finanzierung Gespräche auf, mit dem Wissen, dass sich der Landkreis in der Haushaltssicherung befindet und für seine Ausgaben Kredite aufnehmen muss. Die Stadt Ludwigsfelde muss das nicht! Nun könnte man denken, gut – dann wird es nach den Gesprächen

eine Lösung zur Finanzierung geben ... Umso unverständlicher war der Antrag der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde, die Finanzierung von 50:50 (Landkreis/Stadt) »festzuklopfen«, obwohl die Gespräche zur weiteren Finanzierung noch liefen. In der darauf folgenden Beratung des Kreistages, wie schon gesagt, mit dem Blick auf den ganzen Landkreis, wird dem Antrag zum Erhalt des Rufbus-Systems mehrheitlich zugestimmt:

Die Verhandlungen zwischen Landkreis und Ludwigsfelde sind weiterzuführen, der Rufbus im zweiten Halbjahr zu sichern und darüber hinaus zu verstetigen, alles zu tun, um die weitere mobile

Versorgung der ländlichen Bevölkerung umfassend zu sichern, und in der weiteren Betrachtung der Entwicklung des Rufbus-Systems neue Modelle zu prüfen und Kriterien zur Mitfinanzierung der Kommunen nachvollziehbar zu erlassen. Die Gespräche zwischen Landkreis und Stadt Ludwigsfelde endeten übrigens mit dem Ergebnis, dass unsere Stadt 75 % der Kosten übernimmt.

Ich bin überzeugt, dass meine Stadt es schaffen würde, die Rufbuslinie zu 100 % zu finanzieren.

Angelika Linke, Mitglied des Kreistages und der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde

## Am Mellensee

# Themen der Dezember-Sitzung

In der Sitzung der Gemeindevertretung im Dezember wurden mehrere bedeutende Entscheidungen getroffen, die erhebliche Auswirkungen auf die finanzielle Lage sowie auf die Bürger\*innen der Gemeinde Am Mellensee haben. Vor dem Hintergrund des weiterhin bestehenden Haushaltsdefizits von rund 4 Millionen Euro brachte die Verwaltung den Vorschlag ein, den Hebesatz der Grundsteuer A von 231% auf 335% anzuheben. Ziel dieses Vorschlags war es, einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten und die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gemeinde zu sichern. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit der Gemeindevertreter\*innen abgelehnt. Unsere Fraktion hat auch dagegen gestimmt – warum soll der Bürger zahlen, wenn die Verwaltung über ihre Verhältnisse lebt. Damit bleibt weiterhin offen, wie

das bestehende Defizit künftig ausgeglichen werden soll und welche konkreten Maßnahmen zur Stabilisierung des Haushalts vorgesehen sind. Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag der Verwaltung zur Satzung über die Straßenreinigung der Gemeinde Am Mellensee (Straßenreinigungssatzung – StRS). Unsere Fraktion hat dagegen gestimmt. Kritisch war aus unserer Sicht insbesondere, dass im vorliegenden Entwurf keine Differenzierung zwischen Landes-, Kreis- und Anliegerstraßen vorgenommen wurde. Dies hätte bedeutet, dass Bürger\*innen, die an einer stark frequentierten Landesstraße wohnen, verpflichtet worden wären, im Winter Schnee zu räumen und im Sommer die Straße zu reinigen – trotz des erhöhten Verkehrsaufkommens und der damit verbundenen Gefahren. Hier stellt sich aus unserer Sicht klar

die Frage, wer in einem solchen Fall den Schutz der Bürger\*innen gewährleistet. Zugestimmt wurde hingegen der Vergabe des Auftrages für die Bereitstellung, Errichtung und Übergabe zweier Hallen (Bauhof sowie Feuerwehr/Katastrophenschutz) auf Mietkaufbasis im Ortsteil Rehagen. Unsere Fraktion hat diesem Antrag nicht zugestimmt, da weiterhin wesentliche Unklarheiten bestehen. Insbesondere ist ungeklärt, wer die Kosten für die Erschließungsstraße auf dem privaten Grundstück trägt, auf dem die Gebäude errichtet werden sollen. Zwar wurde seitens der Verwaltung und der Gemeinde zugesichert, dass der Investor diese Straße bezahlt, diese Zusicherung halten wir jedoch derzeit für zweifelhaft und nicht ausreichend abgesichert, solange keine verbindlichen vertraglichen Regelungen vorliegen. Aus diesem Grund fordern wir ausdrücklich,



Foto: J. Klemt

Doreen Schulze

dass diese Zusicherung eindeutig und vollständig im Sitzungsprotokoll festgehalten wird, um Transparenz zu schaffen und die Gemeinde vor möglichen späteren finanziellen Belastungen zu schützen. Die Sitzung hat deutlich gezeigt, dass trotz angespannter Haushaltslage Entscheidungen getroffen wurden, bei denen nicht alle offenen Fragen abschließend geklärt sind. Aus unserer Sicht ist es gerade in dieser Situation notwendig, verantwortungsvoll, transparent und im Sinne der Bürger\*innen zu handeln und finanzielle Risiken für die Gemeinde klar zu begrenzen.

Doreen Schulze, *Gemeindevertreterin, Mitglied der Fraktion SPD/Die Linke*

## Luckenwalde

# Neues aus dem Stadtparlament



Foto: F. Thier

### Erik Scheidler ist wieder Stadtverordneter

Jochen Neumann wurde zu Luckenwaldes Bürgermeister gewählt. Damit ist er geborenes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung (SVV). Jedoch wurde er zur Kommunalwahl 2024 als Parteiloser auf der Kandidat\*innenliste der Linken in die SVV gewählt. Dieses Mandat musste er daher niederlegen. Nachgerückt ist am 5. Januar Erik Scheidler. Er war bereits bis zur Wahl 2024 viele Jahre Mitglied der SVV.

### Zwei Fraktionsvorsitzende für eine zweiköpfige Fraktion?

Eine Doppelspitze kann zur Führung eines Gremiums angemessen sein. Die Linke praktiziert dies zum Beispiel seit Jahren in ihrem Parteivorstand, in den Landesvorständen oder in ihrer Bundes-

tagsfraktion. Ziel ist die Parität, also die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Nun hat sich vor wenigen Wochen in der SVV eine neue Fraktion gebildet: das bisher fraktionslose Mitglied der FDP und der bis zu diesem Zeitpunkt bei uns in der Fraktion Mitglied gewesene Vertreter des Bauernverbandes (BV) haben sich zur Fraktion FDP/BV zusammengeschlossen. Nunmehr beantragte diese zweiköpfige Fraktion die Anerkennung einer Doppelspitze in ihrer Fraktionsführung. Anders gesagt: die beiden einzigen Fraktionsmitglieder wollten gleichzeitig auch beide Vorsitzende ihrer Fraktion sein. Für uns war dies nicht zustimmungsfähig. Zum einen kann ein für uns wesentliches Argument Pro Doppelspitze hier nicht gelten. Die Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Fraktionsführung bei FDP/BV kann bei zwei Män-

nern nicht ins Feld geführt werden. Und auch ein weiteres Argument, das der Arbeitsteilung in der Fraktionsführung, kann bei einer nur zweiköpfigen Fraktion wohl kaum einer kritischen Betrachtung standhalten. Nichtsdestotrotz beantragte die Fraktion FDP/BV ihre Doppelspitze. Das hätte eine Änderung der Geschäftsordnung sowie der Entschädigungssatzung der SVV nach sich gezogen. Denn auch das gehört zur vollständigen Information dazu: Fraktionsvorsitzende bekommen eine höhere Aufwandsentschädigung als die übrigen Mitglieder der SVV. Im Ergebnis votierten die Stadtverordneten zum Antrag der Fraktion FDP/BV mehrheitlich mit Nein, darunter unsere Fraktion, die Fraktion SPD/Grüne und Teile der CDU-Fraktion. Enthalten hat sich der Bürgermeister. Ja-Stimmen kamen von fraktionslosen Stadtverordneten, der GfL-Fraktion und der Fraktion FDP/BV.

Felix Thier, *Vorsitzender der Fraktion Die Linke/LÖS*

### Wechsel an der Spitze des Luckenwalder Rathauses

Der Amtswechsel an der Spitze der Luckenwalder Stadtverwaltung ist abgeschlossen. Elisabeth Herzog von der Heide (SPD) hatte am 4. Januar ihren letzten Arbeitstag als Bürgermeisterin und wurde am 5. Januar zur Sitzung der SVV in den Ruhestand versetzt. Jochen Neumann wurde auf der gleichen Sitzung als Bürgermeister in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren berufen.

## Impressum

Herausgeber: Die Linke Kreisverband Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 31. Januar 2026  
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100% Recyclingfasern  
Auflage: 1.400 · Januar 2026, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.